

# Reicht es nur für ein Pseudo-Parlament?

Ägypter wählen ab Sonntag ihre neue Volksvertretung / Fattah al-Sisi hat das Land fest im Griff

Von Benno Schwinghammer

**Kairo.** Seit mehr als drei Jahren wird Ägypten ohne Parlament regiert. Nun wählt das Volk zwar neue Abgeordnete - aber wohl kaum die zukünftige Politik des Landes.

Wenn man Ahmed al-Dib fragt, ob er zur Abstimmung geht, schaut er erst mal grübelnd in die Luft. Ach ja, ganz vergessen: die Wahl. Wahrscheinlich nicht, sagt der Ingenieur aus Kairo dann. Er wüsste gar nicht, für wen er stimmen sollte. „Ich fühle keine Hoffnung. Ich bin frustriert von den Entwicklungen nach der Revolution.“ Von Euphorie ist vor der ersten Wahl des Parlaments nach dessen Auflösung 2012 in Ägypten generell wenig zu spüren.

Die einen sehen die Aufstände von 2011 verraten und glauben nicht an einen demokratischen Wandel unter Ex-General Abdel Fattah al-Sisi. Viele andere wiederum sind mit dem autoritären Staatspräsidenten zufrieden und sehen wenig Notwendigkeit für eine Volksvertretung. Eine Beteiligung von einem Drittel wäre aus Sicht von Kommentatoren schon ein Erfolg bei der Wahl, die am Sonntag beginnen und sich bis Anfang Dezember hinziehen wird. Was die Enttäuschten und die Sisi-Anhänger eint: Einen Politikwechsel am Nil erwarten sie nicht.

„Niemand wird in diesem Parlament mächtig sein“, sagt der in Berlin lebende politische Kommentator Ahmed Badawi. Wirklich unbehaglich für die Staatsführung kann das kommende Parlament seiner Ansicht nach nicht werden. Auch deshalb, weil niemand sich wirklich traut, Al-Sisi kontra zu geben.

Denn mit politischen Gegnern geht die Regierung nicht zimperlich um. Seit dem Sturz des Islamisten Mohammed Mursi - dem ersten frei gewählten Regierungschef des Landes - im Sommer 2013 durch das Militär wurden nach Schätzungen ägyptischer Menschenrechtler mehr als 40 000 Menschen festgenommen, angeklagt oder verurteilt. Auch Mursis Muslimbrüder, die im aufgelösten Parlament die meisten Abgeordneten stellten, sind verboten. Sie werden als Terroristen verfolgt. Demonstrationen sind faktisch untersagt, die Berichterstattung fast aller ägyptischen



Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi.

Medien wird beeinflusst. Viele rechnen nicht damit, dass die Wahlen zu mehr als einem Pseudo-Parlament führen werden.

## ■ Hoher Druck auf Gegner

Er glaube nicht, dass „irgendein Parlament unter diesen Umständen“ problematisch für Al-Sisi werden könnte, sagt H. A. Hellyer vom Brookings Centre für Nahost-Politik in Washington. Mehr Einfluss könnten seiner Meinung nach nur große Firmen durch starke Repräsentanten in der Volksvertretung bekommen.

„Es wird keiner für das Parlament kandidieren, den das Regime nicht haben will“, fügt Experte Badawi hinzu. Plumpe Wahlfälschung habe die Führung nicht nötig. Auch Hellyer und andere Beobachter gehen davon aus, dass Manipulation seitens der Herr-

schenden nicht nötig ist. Der generelle Druck auf politische Gegner ist hoch, die meisten großen Wahlbündnisse unterstützen lieber öffentlich den Kurs der Regierung.

Selbst von der salafistischen Nur-Partei - nach den Muslimbrüdern die zweitstärkste Kraft der vergangenen Wahl und die einzige wirkliche Option für religiöse Wähler - ist kein Widerstand zu erwarten. Als der damalige Militärführer Al-Sisi Präsident Mursi 2013 stürzte, stärkte ihm die Führung der „Partei des Lichts“ den Rücken. 2015 erklärt Nur-Präsident Junus Machjun: „Wir wollen keine Mehrheit erreichen wie andere. Wir wollen einfach nur eine echte nationale Partnerschaft.“

Abdel Fattah al-Sisi hat sein Land fest im Griff. Im Würgegriff, würden die einen sagen. Die anderen halten ihn für den richtigen Mann, um die vielen Probleme des Landes zu lösen. Ein weiterer Vor-

teil: Der Präsident weiß, welche Knöpfe er drücken muss, um das Land auf seiner Seite zu haben.

So erhob Al-Sisi die Eröffnung des erweiterten Suezkanals Anfang August zum wirtschaftlichen Befreiungsschlag Ägyptens. Die Menschen auf den Straßen feierten frenetisch.

Ein dringend benötigtes Erfolgserlebnis für ein Land, in dem Hiobsbotschaften seit Jahren überwiegen, in dem es immer wieder zu Terroranschlägen eines IS-Ablegers kommt, in dem die Wirtschaft am Boden liegt und in dem gegen Menschenrechte verstoßen wird.

## ■ Versöhnliche Töne

Die Regierung zeigte sich zuletzt auch gegenüber ihren Kritikern versöhnlich: Vor dem Opferfest Eid al-Adha begnadigte Al-Sisi neben zwei unter weltweitem Protest ver-

urteilten Al-Dschasira-Journalisten auch eine Reihe von Aktivisten und Demokratiekämpfern. Eine Geste, die Ruhe bringen soll.

Doch egal, wie schwach oder stark das neue Parlament am Nil sein wird: Mit ihm wird die Zeit der Präsidialdekrete vorbei sein, mit denen die Regierung derzeit das Land nach Belieben lenkt. Neue Gesetze brauchen dann die Zustimmung der Volksvertreter.

Und eines Tages, so hofft Ahmed al-Dib, wird aus einer Gesellschaft, die sich an die Präsenz eines Parlaments gewöhnt hat, auch eine Gesellschaft, die für eine wirkliche Demokratie bereit ist.

Doch in der Gegenwart - im Herbst 2015 - ist die Wahl des Parlaments in den Shisha-Cafés des Landes kaum ein Thema. Al-Dib erzählt, dass seine Kollegen vor einigen Wochen gescherzt hätten, die Wahl möge doch bitte auf einen Werktag fallen. Dann hätte man wenigstens frei. (dpa)

Standpunkt

Flüchtlingspolitik

## Es ist Zeit, Grenzen zu verteidigen



Von Michael Agricola

Nacht für Nacht brennen irgendwo in der Republik Flüchtlingsheime, aufgebrauchte und enthemmte Bürger benehmen sich auf Demos wie besoffene Hooligans, marschieren Seite an Seite mit Rechtsextremen und Gewalttätern. Sie tragen Galgen - oder wie bei der TTIP-Demo am Wochenende eine Guillotine - vor sich her, die sie Angela Merkel oder Sigmar Gabriel zugeordnet haben. Sie beschimpfen die, die über sie berichten wollen, bedrohen oder greifen jene an, die anderer Meinung sind. In den Kommentarspalten der Medien, in den „sozialen“ Netzwerken tobt der Mob, dass einem Tag für Tag von neuem schlecht werden kann.

Ja, Deutschland hat ein Problem mit der Zahl der Flüchtlinge, mit ihrer angemessenen Unterbringung und der raschen Bearbeitung ihrer Fälle nach dem Asylrecht - das aber nach wie vor ein hohes Gut in unserer Verfassung darstellt.

Deutschland hat aber auch, wie die oben genannten Beispiele zeigen, ein Problem mit der zunehmenden Hemmungslosigkeit im Umgang miteinander. Bis zu einem gewissen Grad muss man damit leben, dass sich auf vielen Kanälen all die verbal auskotzen, die meinen, dass sie in der Gesellschaft zu kurz kommen, Angst davor haben, ihren kleinen Wohlstand an Flüchtlinge abgeben zu müssen oder „überfremdet“ zu werden.

Doch wo volksverhetzende Aussagen und Gewalt ins

Spiel kommen, ist die Grenze zur Straftat überschritten. Dann kommt es ganz entscheidend darauf an, wie wehrhaft unsere Demokratie ist. Das verlangt von uns allen einerseits, nicht müde zu werden in der argumentativen Auseinandersetzung. Andererseits braucht es die Entschlossenheit von Polizisten, Staatsanwälten und Richtern, diese Straftaten zu verfolgen und das jeweilige Strafmaß auch auszureizen. Wer Feuer legt, muss das Gesetz konsequent - und schnell - zu spüren bekommen, sonst fühlt er sich noch bestärkt.

In diesem bedrückenden Zusammenhang geben immerhin die gestern veröffentlichten Ergebnisse der Shell-Jugendstudie Hoffnung. Zwar sollte man derartige Erhebungen nicht überbewerten, etwa weil die Befragung vor der Zuspitzung der Flüchtlingsthematik im Sommer stattfand.

Dennoch zeigt sich, dass auch diese junge Generation - wie die vor ihnen - sozial und verantwortungsbewusst denkt und mehrheitlich nichts gegen Zuwanderer hat. Das ist Mut machend, auch wenn es von Älteren vielleicht leichtthin als naiv belächelt wird.

Aber: Wenn schon Jugendliche so egoistisch und kalt, bisweilen zynisch, unbeherrschbar und maßlos denken und sprechen würden wie jener Teil der erwachsenen Deutschen, der im Internet und auf Pegida-Demos Ablehnung und dumpfen Hass ausschüttet, dann wäre es hier in der Tat ein Land zum Fürchten.

## Alles offen:

# Kanada hat die Wahl

Reale Chancen für drei Parteien

Von Christina Horsten

Ottawa. Das Bild des ertrunkenen Flüchtlingskindes Aylan Kurdi erschütterte die Welt und brachte auch den Wahlkampf in Kanada komplett durcheinander. Die Familie des vor der türkischen Küste ums Leben gekommenen syrischen Jungen hatte vor ihrer Flucht gehofft, in Kanada Asyl finden zu können, wo bereits eine Tante lebt. Doch dazu kam es nicht, schon der Asylantrag für Aylans Onkel war abgelehnt worden.



Harper

Der konservative Premierminister Stephen Harper gerät vor der Parlamentswahl am kommenden Montag, bei der er um seine dritte

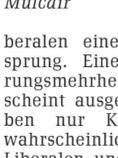
Wiederwahl kämpft, wegen seiner knallharten Flüchtlingspolitik immer stärker unter Druck der Opposition. Die Aufnahme von 10 000 Syrern in drei Jahren hatte der Regierungschef im Januar versprochen, doch gerade einmal rund 1 000 sind bislang im Land. „Die Flüchtlingskrise war ein Schock für die konservative Partei“, sagt die Politikwissenschaftlerin Melanee Thomas von der Universität Calgary. „So etwas wollten sie auf keinen Fall im Wahlkampf haben, und dann hat diese Krise den Wahlkampf dominiert, und da haben sie nicht gut ausgesehen, das hat ihnen geschadet.“ Die Kernwählerschaft der Konservativen werde von Harpers harter Linie bei dem Thema allerdings nicht abgeschreckt, sagt Thomas. „Hauptsächlich geht es um die Wähler, die zwischen

den Konservativen und den Liberalen schwanken - und das sind ziemlich viele.“ Als Resultat ist der Wahlausgang jetzt offen wie nie zuvor. Drei Parteien werden dabei die größten Chancen vorhergesagt: Harpers Konservativen, den Liberalen unter Leitung des Sohns eines früheren Premierministers, Justin Trudeau, und der sozialdemokratischen Neuen Demokratischen



Trudeau

Partei (NDP) von Thomas Mulcair. Eine Zeit lang lag alle drei Kopf an Kopf bei rund 30 Prozent, in jüngsten Umfragen haben nun die Li-



Mulcair

beralen einen kleinen Vorsprung. Eine stabile Regierungsmehrheit für eine Partei scheint ausgeschlossen. Bleiben nur Koalitionen, am wahrscheinlichsten die von Liberalen und NDP, oder eine Minderheitsregierung der Konservativen. Die gab es zwar lange, in diesem Fall haben aber beide Oppositionsparteien angekündigt, sie nicht mehr unterstützen zu wollen. Der Konservative Harper ist seit 2006 Premierminister des eigentlich so unliberalen nordamerikanischen Landes und hat dabei zwei Wiederwahlen und zwei Minderheitsregierungen erfolgreich überstanden. Harper gilt als brillanter Stratege, aber auch als knallharter Konservativer, und hat viel Kritik einstecken müssen. (dpa/Fotos: dpa)

# Das Thema Migration wird entscheidend sein

Experten rechnen mit einem Rechtsrutsch in der Schweiz / Zwei SVP-Plätze bei den „sieben Zwergen“?

Von Thomas Burmeister

**Bern.** Wahlen in Zeiten der Flüchtlingskrise: Auch in der Schweiz lassen sich mit Ausländerangst Wählerstimmen gewinnen.

Bangemachen gilt doch: Schon in 15 Jahren könnten zehn statt derzeit rund acht Millionen Menschen in der Schweiz leben - und nur noch die Hälfte wären dann „gebürtige Schweizer“. Davor warnen bunte Flyer die Eidgenossen. Wer die „10-Millionen-Schweiz“ verhindern wolle, müsse bei der Parlamentswahl am kommenden Sonntag für die Schweizerische Volkspartei (SVP) stimmen: „Setzen Sie ein Zeichen gegen Asylmissbrauch und maßlose Zuwanderung!“ Die holzschnittartige Wahlkampfretorik der nationalkonservativen, teils rechtspopulistischen SVP hat Wirkung: Laut Umfragen wird sie erneut stärkste politische Kraft und kann ihren Stimmenanteil ausbauen - auf fast 28 Prozent gegenüber 26,6 Prozent bei den Wahlen 2011.

Zwar hat die SVP auch andere Themen als „das Asylchaos“ im Köcher. So gehört der Kampf gegen einen angeblich drohenden „Anschluss“ an die

EU zur Standardmunition von SVP-Präsident und Landwirt Toni Brunner. Doch ihre Erfolge führt sie selbst weitgehend auf ihre „konsequente Ausländer- und Asylpolitik“ zurück.

„Nie waren Erwartungen an einen Wahlkampf in den letzten 20 Jahren so monothematisch wie diesmal“, konstatieren die Meinungsforscher des Instituts gfs. bern. Als das drängendste Problem würden die Wähler „die Migrationsthematik“ ansehen. Abgeschlagen folgen auf der Sorgenliste das komplizierte Verhältnis zur EU so-

wie die Arbeitslosigkeit - die liegt dank der international äußerst konkurrenzfähigen Schweizer Wirtschaft bei nur 3,2 Prozent.

„Das Asylthema hat eingeschlagen“, sagte Philipp Müller, Präsident der rechtsliberalen FDP, dem Nachrichtenportal „20 Minuten“. „Die SVP hat damit das thematische Umfeld, um ab durch die Decke zu gehen.“ Müllers FDP ist die zweitstärkste bürgerliche Partei. Ihr sagen Demoskopien einen Zuwachs auf 16,7 Prozent (von 15,1 im Jahr 2011) voraus, wobei die FDP

eher mit Wirtschafts- und Europathemen punktet.

SVP und FDP werden Zugewinne von zusammen zehn Mandaten prophezeit, Sozial- und Christdemokraten sowie den Grünen und Grünliberalen hingegen Einbußen. Deshalb ist in der Schweiz von einem absehbaren „Rechtsrutsch“ die Rede. Der wird allerdings keine dramatischen Folgen für die Zusammensetzung der nächsten Regierung haben.

Grund ist das einzigartige politische System der Schweiz. Die Eidgenossenschaft ist eine Konkordanzdemokratie. Das heißt: Möglichst viele politische Kräfte werden an der Regierung beteiligt, und Entscheidungen werden gemeinsam möglichst im Konsens getroffen. Selbst die Leitung der Regierung ist ein Rotationsjob für einen „Ersten unter Gleichgestellten“. In den letzten Jahren hat sich die SVP mit nur einem Ministerposten zufriedengeben müssen. Gemessen an der Wählerstärke stünden ihr zwei Plätze bei den „sieben Zwergen“ zu, wie die Schweizer ihre Regierung gern nennen. Doch gewählt werden die Minister vom gesamten Parlament. Da können auch schon mal Kandidaten der stärksten Partei durchfallen.



EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bundesrätin Simonetta Sommaruga auf einem SVP-Plakat. (Foto: dpa)

Wähle lieber SVP!